

Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband
Band: 18 (1971)
Heft: 2

Rubrik: Das Bundesamt für Zivilschutz berichtet = L'Office fédéral de la protection civile communique = L'Ufficio federale della protezione civile comunica

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.03.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das Bundesamt
für Zivilschutz
berichtet

L'Office fédéral
de la protection civile
communique

L'Ufficio federale
della protezione civile
comunica

Unser Kommentar

Neue Funktion beim Zivilschutz: Der Anlagechef

Alarmzentralen, Bereitstellungsräume, Sanitätshilfsstellen, geschützte Operationsstellen und andere Anlagen und Einrichtungen des Zivilschutzes sind teuer und enthalten empfindliche Geräte, die nur durch Fachleute bedient und unterhalten werden dürfen. Ein solcher Fachmann kann nunmehr, sofern er schutzdienstpflichtig ist, als Anlagechef in einer örtlichen Schutzorganisation oder im Betriebsschutz eingeteilt werden. Zu diesem Zwecke wurde die neue Funktion «Anlagechef» geschaffen und in der Funktionsstufe 8 eingereiht.

Die Anforderungen, die an einen solchen Anlagechef zu stellen sind, können wohl am besten von einem Berufsfachmann aus der Maschinen- und Elektroindustrie erfüllt werden. Er sollte befähigt und geeignet sein, die Verantwortung für den Betrieb und den Unterhalt aller maschinellen und elektrischen Einrichtungen einer wichtigen Zivilschutzanlage zu übernehmen.

(Kreisschreiben BZS Nr. 185 vom 25. November 1970)

Vorauszahlungen für Kurse und Uebungen des Zivilschutzes — neue finanzielle Erleichterungen für die Kantone und Gemeinden

Ab 1. Januar 1971 leistet das Bundesamt für Zivilschutz *automatisch*, d. h. ohne besondere Gesuche, Vorschüsse in der Höhe von 60 % der voraussichtlichen Bundesbeiträge an die Kurskosten.

Spätestens drei Wochen vor dem jeweiligen Kurs- und Uebungsbeginn sind die von der kantonalen Zivilschutzstelle überprüften und visierten Kostenvoranschläge dem Bundesamt für Zivilschutz zuzustellen. Das gilt auch für Kurse und Uebungen, für deren Bewilligung der Kanton zuständig ist.

Auf Grund dieser Kostenvoranschläge werden die Vorauszahlungen den Kantonen auf ihr Kontokorrentkonto, den Gemeinden auf das von ihnen angegebene Postcheckkonto überwiesen. Ein Doppel des Anweisungsbeleges orientiert die Empfänger über die vorgenommenen Zahlungen.

Bei der definitiven Abrechnung werden die Vorschüsse mit den wirklichen Kosten verrechnet bzw. vom Bundesamt abgezogen. Sollte ausnahmsweise der Vorschuss den Bundesbeitrag übersteigen, ist die Differenz dem Bundesamt zurückzuerstatten.

Diese Regelung dürfte allseits begrüsst werden, erleichtert sie doch den durchführenden Organen die Finanzierung der Kurse.

(Kreisschreiben BZS Nr. 187 vom 30. Dezember 1970)

Medikamente für die Zivilschutz-Sanitätshilfsstellen

Ab Beginn dieses Jahres werden die fertiggestellten und eingerichteten Sanitätshilfsstellen des Zivilschutzes mit einem Grundsortiment von Medikamenten dotiert. Ein Sortiment ist bis zu 60 Liegestellen berechnet und reicht für zwei Wochen Vollbetrieb, ohne Nachschub. Zwei Sortimente werden bis zu 110 Liegestellen, drei solche bis zu 160 Liegestellen zugeteilt.

Die Medikamente eines Sortimentes sind in 25 Kartons (Exportverpackung) untergebracht und auf einer SBB-Palette (120 × 80 cm) aufgestapelt. Das Totalgewicht der Palette beträgt 625 kg.

Gemäss dem einschlägigen Bundesgesetz hat eine Medizinalperson die Verantwortung für die fachgerechte Lagerung, Kontrolle und den allfälligen Austausch der Sortimente zu übernehmen. Die Lagerungsprobleme können am besten durch einen Apotheker beurteilt werden.

Diese Erstausrüstung der Sanitätshilfsstellen mit Medikamenten stellt eine bedeutsame Angelegenheit dar und ist ein weiterer Schritt auf dem Wege zur Einsatzbereitschaft des Zivilschutzes.

(Kreisschreiben BZS Nr. 188 vom 7. Januar 1971)

Zivilschutz und Militärversicherung

Wie jedes Jahr erstellte die Eidgenössische Militärversicherung eine Statistik über ihre Ausgaben, Behandlungsfälle, Krankheitsgruppen, Unfallursachen, Pflage tage usw. auch für 1969.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die MV für rund 42 000 Behandlungsfälle rund 48 Millionen ausgegeben hat. Der Zivilschutz-Anteil beträgt 1,04 % oder knapp eine halbe Million Franken. Ungefähr drei Fünftel dieser Summe entfallen auf Krankheiten, der Rest auf Unfälle.

Glücklicherweise ist der ZS-Anteil noch relativ klein. Er wird im Verhältnis zur vermehrten Ausbildungstätigkeit in den nächsten Jahren zwangsläufig ansteigen, es sei denn, jedermann trachte darnach, gesund zu bleiben und Unfälle zu verhindern...

Aus einem kantonalen Jahresbericht

«... Im Verlauf eines Jahres müssen viele Arbeiten erledigt werden, die oft zu wenig Beachtung finden. Man denke vor allem an die vielen administrativen Arbeiten, welche für ein reibungsloses Funktionieren unseres Amtes unerlässlich sind. Allzu schnell ist man geneigt, diese als unwichtig zu bezeichnen. Das ist jedoch ein

Wasseralarm der Stadt Zürich

Der Zürcher Stadtrat hat im vergangenen Oktober beschlossen, das Ericsson-System für den Aufbau eines Wasseralarmnetzes anzuwenden. Es handelt sich dabei um die bekannten Tiefton-Sirenen, die pneumatisch betrieben und drahtlos über Funk ausgelöst werden. Für den Betrieb werden an einen Kompressor zwei Luftbehälter angeschlossen, die eine ausreichende Luftmenge speichern und unter Berücksichtigung eines Luftverlustes wegen Undichtigkeit, Druckverlust infolge Temperaturabnahme oder Kondensatanfall in Behältern usw. auch nach 30 Tagen Stromausfall bei minus 30 °C noch mindestens einen vollständigen Alarm von 6 Minuten garantieren. Die Standorte der Sirenen werden nach einem sogenannten Beschallungsplan festgelegt.

In Friedenszeiten erfolgt die Alarmmeldung direkt an die Funk- und Notrufzentrale der Stadtpolizei, im Kriegsfall durch den Warndienst der Armee an den Kommandoposten der Ortsleitung des Zivilschutzes.

(Kommentar BZS: Die Stadt Zürich geht hier einen eigenen Weg. Auf der Bundesstufe müssen die vorbereiteten Weisungen und Richtlinien an die Kantone mit überflutungsgefährdeten Gebieten noch zurückgehalten werden, bis die revidierte Talsperrenverordnung durch den Bundesrat in Kraft gesetzt worden ist.)

(Beitrag nach Angaben aus: Mitteilungsblatt des Amtes für Zivilschutz der Stadt Zürich, Nr. 15, Dezember 1970)

grosser Trugschluss. Der Aufbau des Zivilschutzes stellt laufend neue Probleme. Es genügt nicht, nur nach einer praktischen Lösung zu suchen, sondern es muss gleichzeitig auch überlegt werden, welche administrativen Arbeiten damit verbunden sind und wie stark damit das Personal belastet wird. Je grösser die Organisation ist, um so umfangreicher und komplizierter wird damit auch die Administration. Natürlich versucht man, die Arbeiten möglichst rationell zu gestalten. Trotzdem kann nicht vermieden werden, dass für den Aufbau des Zivilschutzes in einer grossen Stadt Hunderte und Tausende von kleinen Arbeitsgängen zu erledigen sind, bis alles richtig läuft. Jeder Angestellte wird damit bis zum äussersten beansprucht. Leider spüren auch wir den überall herrschenden Mangel an Arbeitskräften. Das zwingt uns immer wieder, gewisse Dinge hintanzustellen...»

(Kommentar BZS: «Soignez les détails!», soll schon Napoleon gesagt haben. Das gilt für jede Organisation im Aufbau, und der Zivilschutz in der Schweiz ist immer noch im Aufbau!)

Absicht oder Betriebsunfall?

Im Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Richtlinien für die Regierungspolitik in der Legislaturperiode 1968—1971 wird im Kapitel IV das Verhältnis des Bundes zu den Kantonen beleuchtet und unter anderem festgestellt, dass sich im Laufe der Geschichte unseres Bundesstaates die Gewichte immer mehr von den

Kantonen auf den Bund verschoben haben. Immer mehr Probleme erheischen Lösungen auf nationaler oder gar übernationaler Ebene. Der Bundesrat macht aber auch sogleich darauf aufmerksam, dass die föderalistische Struktur der Eidgenossenschaft nicht bloss organisch gewachsen und historisch zu erklären ist. Sie bildet nach wie vor die bewährte Grundlage für die Lösung neuer Probleme. Das Wesen dieser föderalistischen Struktur besteht ja gerade darin, dass die Kantone souverän sind und als solche alle Rechte ausüben, welche nicht ausdrücklich durch die Bundesverfassung dem Bund übertragen sind.

Eines dieser neuen Probleme bildet ohne Zweifel der Zivilschutz. Er tritt mit unausweichlichen Forderungen an die ganze Nation heran. Im oben erwähnten Bericht steht ein Satz, der uns für unsere Belange von besonderer Bedeutung erscheint: «Von grösstem Gewicht für die Erhaltung unserer föderalistischen Staatsstruktur in diesem Zusammenhang ist der entschlossene Wille der Kantone, in ihrem Wirkungsbereich die sich stellenden Probleme wirklich auch an die Hand zu nehmen und zu lösen.» Gerade der Auf- und Ausbau des Zivilschutzes in den Kantonen und Gemeinden erfordert von diesen intensive Mitarbeit und zum Teil erhebliche finanzielle Aufwendungen. Dabei gibt der Bund meist die «Initialzündung» und erleichtert die Durchführung mit der Gewährung von Subventionen. Ihm obliegt auch die Gesetzgebung und die Oberaufsicht, während der Vollzug den Kantonen zukommt.

In den Monaten November und Dezember werden in fast allen Kantonen (Landsgemeinden ausgenommen) die Budgets für das kommende Jahr beraten. Jeder kantonale Voranschlag enthält z. T. ganz wesentlich ins Gewicht fallende Aufwandbeträge für den Zivilschutz, sei es für kantonale Beitragsleistungen an die Schutzraumbauten, an Materialanschaffungen, an die Ausbildungskosten oder für eine bessere Dotierung des Personalbestandes der kantonalen Zivilschutzämter. Für diese Kreditgewährung durch die kantonalen Parlamente sowie für die Einsicht in die Notwendigkeit haben wir zu danken.

Im vergangenen Dezember geschah nun in einem Kanton folgendes: In einer Abstimmung über die Schaffung zweier neuer Stellen im kantonalen Amt für Zivilschutz wurde dieser Antrag mit 61 zu 52 Stimmen, bei 57 Enthaltungen, abgelehnt — ein an sich belangloser Vorfall, wie er in einer direkten Demokratie vorkommen kann. In diesem Falle jedoch liess das Resultat überrascht aufhorchen, ging es doch nicht zuletzt um den weiteren Ausbau des Zivilschutzes, dessen wir so dringend bedürfen. Wenn man weiss, wie wichtig ein einzelnes Glied in der Kette der Gesamtverteidigung ist (Armee — Kriegswirtschaft — Zivilschutz usw.), und dass es nicht schwächer sein darf als alle anderen Glieder, wenn man zur Kenntnis nimmt, wie sehr in immer vermehrter Masse der Zivilschutz zu einer der tragenden Säulen der umfassenden Landesverteidigung geworden ist, dann ist der bekanntgewordene Beschluss nur mit Mühe zu verstehen.

Wir glauben nicht an eine Absicht, dem vom Bundesrat in seinen «Richtlinien» geforderten beschleunigten Ausbau des Zivilschutzes in jenem Kanton bewusst entgegenwirken zu wollen. Mangels Einsicht in das Gefüge und in die grossen Zusammenhänge auf dem Gebiete der Gesamtverteidigung, in welcher nach dem Willen des Gesetzgebers der Zivilschutz eine massgebende Rolle zu spielen hat, dürfte es sich ganz einfach um einen im parlamentarischen Betrieb möglichen «Unfall» handeln, bedingt durch die hohe Zahl von Enthaltungen.

Inserate **im «Zivilschutz»** *sind Berater*

Wussten Sie schon . . .

● ... dass auch der Zivilschutz in der sogenannten Leitungsorganisation bzw. im Stab für Gesamtverteidigung von Amtes wegen durch den Direktor des Bundesamtes für Zivilschutz vertreten ist? Das für die integrale Verteidigung unseres Landes wichtige Gremium steht unter der Leitung des Direktors der Zentralstelle für Gesamtverteidigung, Herrn Dr. H. Wanner, früherer Regierungs- und Militärdirektor des Kantons Schaffhausen. Die Departemente sind durch ihre Generalsekretäre und die Bundeskanzlei durch den französischen Vizekanzler vertreten. Ferner wirken für den Stab der Gruppe für Generalstabsdienste die Unterstabschefs Logistik und Planung mit. Die Belange der wirtschaftlichen Kriegsvorsorge werden durch den Delegierten des Bundesrates wahrgenommen.

Zu den Hauptaufgaben des Stabes gehören zurzeit die Erarbeitung eines Entwurfes zu einer Konzeption der Gesamtverteidigung (zuhanden des Bundesrates) sowie die Koordination der Planung. Er behandelt aber auch diejenigen Fragen im Bereich der Gesamtverteidigung, die ihm vom Bundesrat, den Departementen oder vom Rat für Gesamtverteidigung überwiesen oder von ihm selbst aufgegriffen werden. Er sorgt damit vor allem für die Erfassung und Behebung von Mängeln und Lücken in den Vorbereitungen der Gesamtverteidigung.

● ... dass die Einteilung der Kantone nach ihrer Finanzkraft in drei Gruppen auf Grund ganz bestimmter, in einem Bundesratsbeschluss genau definierter «Masszahlen» vorgenommen wird? Unter diesen Masszahlen figurieren unter anderem die Wehrsteuerkopfquote der natürlichen und juristischen Personen, die Wehrsteuersubstanz *pro Kopf der Bevölkerung*, die *Bevölkerungsdichte* usw. Zur Ermittlung dieser Masszahlen dienen wiederum bestimmte Grundzahlen, wie die Ergebnisse der einschlägigen Wehrsteuerperiode, die Zahlen der Wohnbevölkerung gemäss letztem Stand, die Steuerbelastungen und Einnahmen von Kantonen und Gemeinden usw. Die so gefundenen Masszahlen werden auf eine Indexzahl umgerechnet, wobei das schweizerische Mittel auf 100 und die niedrigste Masszahl auf $33\frac{1}{3}$ festgesetzt wird. Der Gesamtindex der Finanzkraft eines Kantons ist das gewogene Mittel aus den Indizes aller Masszahlen. Auf diese Weise gelangt man zur gewünschten Bestimmung der finanziellen Stärke eines Kantons: Beträgt der Gesamtindex eines Kantons 100 oder mehr, gilt er als «finanzstark»; bei einem Gesamtindex von $66\frac{2}{3}$ bis 99 ist er mittelstark und bei weniger als $66\frac{2}{3}$ finanzschwach. Die rückwirkend ab 1. Januar 1970 gültige Einteilung der Kantone nach ihrer Finanzkraft lautet wie folgt:

Finanzstark sind die Kantone Zürich, Zug, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau und Genf (6). *Mittelstark* sind Bern, Nidwalden, Glarus, Solothurn, Schaffhausen, Appenzell AR, St. Gallen, Thurgau, Tessin, Waadt und Neuenburg (11). Zu den *finanzschwachen* Kantonen zählen schliesslich Luzern, Uri, Schwyz, Obwalden, Freiburg, Appenzell IR, Graubünden und Wallis (8).

Notre commentaire

Nouvelle fonction pour la protection civile: le chef d'installation

Les centrales d'alarme, locaux d'attente, postes sanitaires de secours, centres opératoires protégés et autres installations et dispositifs de la protection civile sont coûteux et contiennent des appareils délicats qui ne doivent être manœuvrés et entretenus que par des spécialistes. Un

spécialiste de ce genre, pourvu qu'il soit astreint à servir dans la protection civile, peut être incorporé maintenant en qualité de chef d'installation dans un OPL ou dans un OPE. A cet effet, la nouvelle fonction de «chef d'installation» a été créée et rangée dans la catégorie du huitième degré.

Les exigences requises pour un tel chef d'installation peuvent être satisfaites au mieux par un spécialiste de l'industrie des machines et de l'équipement électrique. Il devrait être capable d'assurer la responsabilité du fonctionnement et de l'entretien de tous les dispositifs mécaniques et électriques d'une importante installation de la protection civile.

(Circulaire OFPC no 185 du 25 novembre 1970)

Avances à faire sur les frais de cours et d'exercices de la protection civile — nouveaux allègements financiers pour les cantons et les communes

Dès le 1er janvier 1971, l'Office fédéral de la protection civile accordera *automatiquement*, c'est-à-dire sans demande particulière, des avances au montant de 60 % de la subvention fédérale probable pour les frais de cours.

Au plus tard trois semaines avant le début de chaque cours ou de chaque exercice, les états estimatifs des frais contrôlés et visés pour l'Office cantonal de la protection civile devront être envoyés à l'Office fédéral de la protection civile. Cette règle s'applique aux cours et exercices pour l'approbation des avances à propos desquelles le canton est compétent.

En vertu de ces états estimatifs des frais, l'Office fédéral assignera les avances au compte courant des cantons et virera celles-ci au compte de chèques postaux indiqué par chaque commune. Un double de la pièce justificative d'assignation informera les destinataires des paiements faits.

Lors du règlement définitif des comptes, les avances seront imputées sur les frais réels ou déduites par l'Office fédéral. Si, exceptionnellement, l'avance devait excéder la subvention fédérale, le solde correspondant devrait être remboursé à l'Office fédéral.

Ce procédé devrait être approuvé de toutes parts, puisqu'il facilite aux organes d'exécution le financement des cours. (Circulaire OFPC no 187 du 30 décembre 1970)

Médicaments pour les postes sanitaires de secours de la protection civile

Dès le début de cette année, les postes sanitaires de secours achevés et installés pour la protection civile seront munis d'une dotation fondamentale de médicaments. Un assortiment est calculé jusqu'à 60 lits et suffira pour 2 semaines d'activité complète sans ravitaillement. Deux assortiments jusqu'à 110 lits et trois assortiments jusqu'à 60 lits seront attribués.

Les médicaments d'un assortiment seront rangés dans 25 boîtes en carton (emballage d'exportation) et superposées sur une palette C.F.F. (120 × 80 cm). Le poids total de la palette est de 625 kg.

En vertu d'une loi fédérale sur les stupéfiants, une personne qui exerce une profession médicale doit assumer la responsabilité du magasinage approprié, du contrôle et de l'échange éventuel des assortiments. Un pharmacien est le mieux indiqué pour apprécier les problèmes de magasinage.

Cette première dotation des postes sanitaires de secours en médicaments est une importante affaire et un pas de plus sur le chemin de la préparation de la protection civile qui doit devenir efficace.

(Circulaire OFPC no 188 du 7 janvier 1971.)

Protection civile et Assurance militaire

Comme chaque année, l'Assurance militaire fédérale a établi une statistique de ses dépenses, cas réglés, groupes et maladies, causes d'accidents, journées de soins, etc., également pour 1969.

En résumé, on peut constater que l'Assurance militaire a dépensé 48 millions de francs en chiffre rond pour près de 42 000 cas traités. La part de la protection civile s'est montée à 1,04 % ou pas même à un demi-million de francs. Près des $\frac{3}{5}$ de cette somme ont été payés pour des cas de maladie, le reste pour des accidents.

Par bonheur, la part de la protection civile est encore relativement petite. Proportionnellement à l'activité accrue pour l'instruction, cette part augmentera, par la force des choses, au cours de ces prochaines années, à moins que chacun ne s'efforce de demeurer en santé et de prévenir les accidents...

Alerte de la ville de Zurich en cas d'inondation

En octobre 1970, la Municipalité de Zurich a décidé d'appliquer le système Ericsson pour l'organisation d'un réseau d'alerte à l'inondation. A cet effet, il s'agit des sirènes connues pour leur son grave, qui sont actionnées pneumatiquement et déclenchées par radio. L'actionnement des sirènes a pour objet un compresseur auquel sont rattachés deux réservoirs d'air qui alimentent un volume d'air suffisant; compte tenu d'une fuite d'air en raison de non-herméticité, de perte de charge par suite de baisse de température ou d'accroissement de condensation dans les réservoirs, etc., une alerte complète de 6 minutes au moins est encore garantie même après 30 jours de panne de courant en cas de -30°C . Les emplacements des sirènes sont fixés d'après un plan dit de sonorité. En temps de paix, l'alerte est donnée directement au central radio ou d'appel au secours de la police de la ville, en cas de guerre, par le service de préalerte de l'armée aux postes de commandement de la direction locale de la protection civile.

(Commentaire de l'OFPC: la ville de Zurich, à cet égard, va elle-même de l'avant. Sur le plan fédéral, il faut encore retenir les prescriptions et directives préparées pour les cantons ayant des zones exposées au danger d'inondation. Elles seront retenues jusqu'à ce que l'ordonnance révisée à propos des grands barrages ait été mise en vigueur par le Conseil fédéral.)

(Cet article provient des indications du «Bulletin d'information de l'Office de la protection civile de la ville de Zurich», no 15 de décembre 1970.)

D'un rapport annuel cantonal

«...Au cours d'une année, il faut achever de nombreux travaux qui souvent suscitent trop peu d'intérêt. Que l'on pense surtout aux nombreux travaux administratifs qui sont indispensables à un fonctionnement aisé de notre office. On est trop vite enclin à qualifier ces travaux d'insignifiants. Toutefois, c'est un grand paralogisme. L'organisation de la protection civile pose constamment de nouveaux problèmes. Il ne suffit pas de ne rechercher qu'une solution pratique, mais il faut en même temps réfléchir au nombre de travaux administratifs qui y sont liés et au personnel qui en est fort chargé. Plus l'organi-

sation est grande, plus vaste et compliquée en est aussi l'administration. Naturellement, on essaie de rationaliser les travaux le plus possible. Malgré cela, on ne peut éviter le fait que pour l'organisation de la protection civile dans une grande ville il faut accomplir des centaines et des milliers de petits travaux jusqu'à ce que tout joue exactement. Chaque employée est occupée jusqu'à l'extrême limite de ses moyens. Hélas! nous sentons aussi la pénurie d'employés qui existe partout. Or, cela nous oblige sans cesse à surseoir à certaines choses...»

(Commentaire de l'OFPC: «Soignez les détails!» doit avoir dit déjà Napoléon. Cela s'applique à chaque organisation en voie de développement, la protection civile en Suisse est encore en voie de développement!)

Intention ou incident de travail parlementaire?

Dans le rapport du Conseil fédéral à l'Assemblée fédérale concernant les grandes lignes de la politique gouvernementale pendant la législature 1968 à 1971, les rapports entre la Confédération et les cantons sont mis en lumière au chapitre IV qui précise, entre autres choses, que depuis la création de la Confédération moderne, les accents se sont déplacés progressivement des cantons vers la Confédération. Des problèmes en nombre croissant appellent des solutions nationales, voire internationales. Toutefois, le Conseil fédéral fait aussi remarquer d'emblée que notre fédéralisme et ses structures ne sont cependant pas seulement le résultat d'un développement naturel et les fruits de l'histoire: ils permettent aussi, l'expérience l'a toujours confirmé, de résoudre les problèmes nouveaux. Il en ira de même dans l'avenir. Dans ce régime, les cantons sont souverains «en tant que leur souveraineté n'est pas limitée par la Constitution fédérale, et, comme tels, ils exercent tous les droits qui ne sont pas délégués au pouvoir fédéral.»

Un de ces nouveaux problèmes est sans doute celui de la protection civile. Il pose des exigences inévitables à toute la nation. Dans le rapport au titre précité, il y a une phrase qui nous semble être d'une importance particulière en ce qui nous concerne: «Une volonté ferme des cantons de résoudre eux-mêmes les problèmes qui ressortissent à leur souveraineté contribuera de manière essentielle au maintien de notre structure fédérative.» Précisément l'organisation et le développement de la protection civile dans les cantons et dans les communes exigent d'eux une intense collaboration et, en partie, des dépenses considérables. A cet effet, la Confédération donne le plus souvent l'«impulsion initiale» et facilite l'exécution des mesures en accordant des subventions. Il lui incombe aussi les travaux législatifs et la haute surveillance, tandis que l'exécution ressortit aux cantons.

Aux mois de novembre et décembre, les budgets pour l'année à venir sont débattus dans presque tous les cantons, sauf dans ceux aux «Landsgemeinden». Chaque budget cantonal précise en partie des dépenses très importantes pour la protection civile, que ce soient des subventions cantonales versées en faveur des constructions d'abris, des achats de matériels, des frais d'instruction ou que ce soit pour une meilleure dotation de l'effectif du personnel des offices cantonaux de la protection civile. Nous devons remercier les intéressés des crédits qu'ils font accorder par les parlements cantonaux ainsi que de leur compréhension pour la nécessité de ces crédits.

En décembre 1970, il est arrivé dans un canton ceci: lors d'un vote sur la création de deux nouvelles places à l'office cantonal de la protection civile, la proposition a été rejetée par 61 voix contre 52 et 57 abstentions — un incident en lui-même sans importance comme il peut y en avoir dans une démocratie directe. Toutefois, dans ce cas le résultat nous a fait dresser les oreilles, puisqu'il

s'agissait en fin de compte de continuer à développer la protection civile dont nous avons un besoin si urgent. Lorsqu'on sait combien important est chaque maillon de la chaîne de la défense générale (armée — économie de guerre — protection civile, etc.), il n'est pas permis qu'il soit plus faible que tous les autres maillons, si l'on est conscient de la mesure toujours accrue dans laquelle la protection civile est devenue l'une des colonnes de voûte de toute la défense nationale; alors le résultat de ce vote n'est guère compréhensible.

Nous ne croyons pas l'intention de vouloir contrecarrer sciemment, dans ce canton, le développement accéléré de la protection civile, tel qu'il est exigé par le Conseil fédéral dans «ses grandes lignes». Les auteurs de ce vote n'ont pas compris la structure et l'importance décisive de la défense générale au sein de laquelle la protection civile doit jouer un rôle déterminant d'après la volonté du législateur. Nous estimons qu'il ne devrait s'agir tout simplement que d'un «incident» possible du travail parlementaire, témoin en soit le nombre élevé des abstentions.

Saviez-vous déjà...

● ...que la protection civile reste représentée de plein droit par le directeur de l'Office fédéral de la protection civile aux organes directeurs, voire à l'état-major de la défense (nationale)? Le groupe si important pour la défense intégrale de notre pays est placé sous la conduite de Monsieur H. Wanner, directeur de l'Office central pour la défense (nationale), ancien conseiller d'Etat et directeur du Département militaire du canton de Schaffhouse. Les départements y sont représentés par les secrétaires généraux et la Chancellerie fédérale par le vice-chancelier d'expression française. De plus, collaborent à l'état-major du Groupement de l'état-major général les sous-chefs d'état-major pour la logistique et la planification. Le délégué du Conseil fédéral sauvegarde les intérêts de la défense nationale économique.

Font actuellement partie des tâches principales de l'état-major: l'élaboration d'un projet de conception de la défense (nationale) à l'intention du Conseil fédéral, ainsi que la coordination des plans. Mais l'état-major traite aussi des questions ressortissant à la défense (nationale) qui lui sont confiées par le Conseil fédéral, les départements ou par le Conseil de la défense ou qui son reprises par l'état-major lui-même. Il veille donc surtout à comprendre et à éliminer des imperfections et à combler des lacunes dans les préparatifs de la défense.

● ...que les cantons (d'après leur capacité financière) sont répartis en trois groupes selon des «éléments» tout à fait déterminés, exactement définis dans un arrêté du Conseil fédéral? Parmi ces éléments figurent, entre autres, le produit de l'impôt de défense nationale des personnes physiques et morales, calculé par habitant, la matière imposable par tête de population pour l'impôt de défense nationale des personnes physiques et morales, calculé par habitant, la matière imposable par tête de population pour l'impôt de défense nationale, la densité de population, etc. Pour calculer ces éléments, on utilisera de nouveau certaines statistiques, telles que les résultats de la période considérée de l'impôt de défense nationale, les chiffres de la population résultant du dernier recensement, la charge fiscale et les recettes des cantons et des communes, etc. Chacun des éléments ainsi trouvé sera converti en un chiffre indice exprimé

en pour-cent, la moyenne nationale de l'élément considéré étant fixé à 100 et le pourcentage le plus faible à 33 $\frac{1}{3}$ %. L'indice général de la capacité financière de chaque canton correspond à la moyenne pondérée des chiffres indices de tous les éléments. En procédant de cette manière, on parvient à déterminer la capacité financière désirée de chaque canton. Les cantons dont l'indice général atteint ou dépasse 100 sont considérés comme financièrement forts, ceux dont l'indice général est de 66 $\frac{2}{3}$ à 99, sont considérés comme moyennement forts et ceux dont l'indice est inférieur à 66 $\frac{2}{3}$ comme financièrement faibles.

Les cantons sont répartis, avec effet rétroactif au 1er janvier 1970, comme il suit:

sont *financièrement forts*: Zurich, Zoug, Bâle-Ville, Bâle-Campagne, Argovie et Genève (6). De *force financière moyenne* sont Berne, Nidwald, Glaris, Soleure, Schaffhouse, Appenzell Rh.-Ext., St-Gall, Thurgovie, Tessin, Vaud et Neuchâtel (11). Enfin font partie des cantons *financièrement faibles*: Lucerne, Uri, Schwytz, Obwald, Fribourg, Appenzell Rh.-Int., Grisons et Valais (8).

Nostro commento

Nuova funzione nella protezione civile: Il capo impianto

Le centrali d'allarme, i locali d'apprestamento, i posti sanitari di soccorso, le sale operatorie protette e gli altri impianti e dispositivi della protezione civile sono costosi e possiedono delicati apparecchi che possono essere serviti e conservati solo da specialisti. Ove sia obbligato a prestare servizio nella protezione civile, un tale specialista può d'ora in poi essere incorporato in qualità di capo impianto in un organismo locale di protezione oppure nella protezione di stabilimento. La carica di «capo impianto» è stata appunto creata a questo scopo, inserendola nella classe di funzione 8.

Per la nuova carica di capo impianto, che ovviamente impone esigenze peculiari, si prestano particolarmente specialisti professionali dell'industria delle macchine e dell'elettricità. Essi devono pertanto essere in grado di assumere la responsabilità del funzionamento e della manutenzione di tutti i dispositivi meccanici ed elettrici di un importante impianto di protezione civile.

(Circolare n. 185 dell'UFPC, del 25 novembre 1970)

Acconti per i corsi e gli esercizi della protezione civile — Nuove facilitazioni finanziarie a profitto dei Cantoni e dei Comuni

A datare del 1° gennaio 1971, l'Ufficio federale della protezione civile concede *automaticamente*, cioè senza che se ne faccia speciale domanda, degli acconti per un ammontare del 60 % sui sussidi federali presumibili alle spese dei corsi.

I relativi preventivi di spesa, verificati e visti dai Cantoni, dovranno essere mandati all'Ufficio federale della protezione civile al più tardi tre settimane prima dell'inizio dei rispettivi corsi od esercizi. Ciò vale anche per i corsi e gli esercizi la cui approvazione è di competenza dei Cantoni.

In base a questi preventivi, gli acconti saranno versati ai Cantoni sul loro conto corrente ed ai Comuni sul conto chèques postali da essi indicato. Un duplicato del documento d'assegno informerà il destinatario dell'avvenuto pagamento.

Gli acconti saranno poi computati sulle spese effettive all'atto del conteggio definitivo, rispettivamente dedotti dall'Ufficio federale. Qualora la somma anticipata dovesse eccezionalmente sorpassare l'importo del sussidio federale, la differenza dovrà essere restituita all'Ufficio federale.

Questa nuova regolamentazione dovrebbe risultare a tutti gradita, come sostanziale facilitazione del finanziamento dei corsi per gli organi esecutivi.

(Circolare n. 187 dell'UFPC, del 30 dicembre 1970)

Medicamenti per i posti sanitari di soccorso della protezione civile

Con l'inizio del 1971, i posti sanitari di soccorso della protezione civile, ultimati ed installati, saranno dotati d'un assortimento di base di medicamenti. Un assortimento è calcolato per 60 posti-letto e basta per una piena attività di due settimane, senza rifornimento. Fino a 110 posti-letto vengono attribuiti due assortimenti, per 160 posti-letto tre assortimenti.

I medicamenti di un assortimento sono sistemati in 25 cartoni (imballaggi d'esportazione) e sovrapposti su una paletta FFS (120 x 80 cm). Il peso totale della paletta è di 625 kg.

Secondo la legge federale in materia, la responsabilità dell'appropriato immagazzinamento, del controllo e d'un eventuale scambio degli assortimenti dev'essere assunta da una persona esercitante una professione medica. I problemi d'immagazzinamento saranno meglio risolti da un farmacista.

Questa prima azione per l'equipaggiamento dei posti sanitari di soccorso in medicamenti costituisce un fatto di notevole importanza ed un nuovo passo verso il pieno conseguimento della prontezza d'impiego della protezione civile.

(Circolare n. 188 dell'UFPC, del 7 gennaio 1971.)

Protezione civile ed Assicurazione militare

Come ogni anno, l'Assicurazione militare federale ha allestito anche per il 1969 una statistica su le spese, i casi di trattamento, i gruppi di malattie, le cause d'infortunio, i giorni di cura ecc.

In riassunto, si può constatare che l'Assicurazione militare ha pagato 48 milioni, in cifra tonda, per ben 42 000 casi di trattamento. La quotaparte della protezione civile comporta l'1,04 %, ossia un po' meno di mezzo milione di franchi. Press'a poco $\frac{3}{5}$ di questa somma riguardano casi di malattia, il resto è dovuto a disgrazie.

Fortunatamente, la parte della protezione civile è relativamente piccola. Per forza di cose, aumentando l'attività formativa nei prossimi anni, essa risulterà maggiore, a meno che ognuno tenda a restare in salute e ad evitare infortuni...

Dal rendiconto annuale di un Cantone

«... Nel corso d'un anno si devono sbrigare molti lavori che sovente suscitano insufficiente considerazione. Si pensi soprattutto a tutti i lavori amministrativi indispensabili per un ineccepibile funzionamento del nostro ufficio. Troppo facilmente si è portati a giudicarli come non importanti. Ma ciò è una conclusione molto sbagliata. L'instaurazione della protezione civile comporta costante-

Allarme acqua della città di Zurigo

La Municipalità di Zurigo ha risolto l'ottobre scorso di applicare il sistema Ericson per l'allestimento di una rete d'allarme acqua. Si tratta, nella fattispecie, delle note sirene a basso tono, azionate pneumaticamente e fatte scattare senza filo, via radio. Per il relativo funzionamento, vengono applicati ad un compressore due serbatoi d'aria che accumulano una bastevole quantità d'aria e, pur tenendo conto d'una certa perdita d'aria per difetto d'ermeticità, perdita di pressione a seguito d'abbassamento della temperatura od aumento della condensazione nei serbatoi, ecc., anche dopo 30 giorni di mancanza della corrente con meno 30 °C, può ancora garantire un allarme completo di almeno 6 minuti. L'ubicazione delle sirene è fissata secondo un cosiddetto piano di sonorità.

In tempo di pace, l'avviso d'allarme è dato direttamente alla centrale radio e di soccorso della polizia comunale, in caso di guerra attraverso il servizio d'avvertimento dell'esercito al posto di comando dell'organo di direzione locale della protezione civile.

(Nota dell'UFPC: La città di Zurigo, al proposito, fa da sé. A livello federale, le istruzioni e le direttive preparate per i cantoni con zone esposte a pericoli d'inondazione devono ancora essere trattenute, finché non sia statuita dal Consiglio federale l'entrata in vigore dell'ordinanza riveduta sugli sbarramenti idrici.)

(Questo scritto è ricavato dal Foglio d'informazione dell'ufficio della protezione civile della città di Zurigo, n. 15, dicembre 1970.)

mente nuovi problemi. Non basta cercare una soluzione pratica; bisogna altresì riflettere ai lavori amministrativi che vi sono collegati e al sovraccarico di lavoro che può derivarne per il personale. Più l'organizzazione è grande, più l'amministrazione diventa vasta e complicata. Ovviamente, si cerca di esplicitare i vari lavori il più razionalmente possibile. Ciò non di meno non si può evitare che per l'assetto della protezione civile in una grande città sia indispensabile sbrigare anche centinaia e migliaia di piccole pratiche, se si vuole che tutto vada per il giusto verso. Ogni impiegato viene così assorbito all'estremo. Sfortunatamente, anche noi risentiamo della mancanza di persone. Il che obbliga sempre più a soprassedere a certe cose...»

(Nota dell'UFPC: «Soignez les détails!», ebbe già a dire Napoleone. Ciò vale per ogni organizzazione in fase instaurale, come è pur sempre il caso della protezione civile in Svizzera!)

Intenzione o infortunio sul lavoro?

Nel rapporto del Consiglio federale all'Assemblea federale concernente le linee direttive della politica di governo per la legislatura 1968-1971, vengono chiariti, al capitolo IV, i rapporti della Confederazione coi Cantoni e si asserisce, fra l'altro, che la storia della Confederazione registra un progressivo spostamento dell'importanza politica dai Cantoni allo Stato centrale. Diversi problemi richiedono sempre più delle soluzioni sul piano nazionale od addirittura sopranazionale. Il Consiglio federale richiama inoltre che la struttura federativa della Confede-

razione non è comunque un mero fattore organico di genesi e crescita storica, bensì resta, per il presente e per l'avvenire, lo sperimentato fondamento per la soluzione d'ogni nuovo problema. L'essenza di tale struttura consiste nella sovranità cantonale e nel pieno esercizio della medesima in tutte le materie non espressamente deman- date, dalla lettera costituzionale, al potere centrale.

Uno di questi nuovi problemi è costituito indubbiamente dalla protezione civile. Essa si presenta infatti con le sue esigenze imprescindibili davanti a tutta la Nazione. Nel rapporto succitato, si trova una frase che è di grande rilievo per quanto ci interessa: «La decisa volontà dei Cantoni di affrontare e risolvere le questioni, via via in- sorgenti nel loro ambito d'attività, appare pertanto di massimo momento ai fini del mantenimento della nostra struttura federativa.» Sono per l'appunto l'instaurazione e lo sviluppo della protezione civile nei Cantoni e nei Comuni che richiedono una intensa collaborazione e, in parte, considerevoli oneri finanziari. All'uopo, la Confederazione dà per lo più l'«innesco iniziale», alleviandone l'esecuzione con la garanzia dei sussidi. Ad essa spetta pure la legislazione e l'alta vigilanza, mentre l'esecuzione con la garanzia dei sussidi. Ad essa spetta pure la legislazione e l'alta vigilanza, mentre l'esecuzione incombe ai Cantoni.

Nei mesi di novembre e dicembre saranno deliberati in quasi tutti i Cantoni (eccezion fatta per le «Lands- gemeinde») i bilanci previsionali per il prossimo anno. Ogni preventivo cantonale contempla, in parte, crediti importanti a profitto della protezione civile, sia per il versamento dei sussidi cantonali alla costruzione di rifugi, per l'acquisto del materiale e per le spese d'istruzione, sia per una migliore dotazione in personale degli uffici cantonali della protezione civile. Dobbiamo essere grati di questa concessione di crediti da parte dei parlamenti cantonali, come pure dell'implicito riconoscimento della protezione civile e dei suoi bisogni.

Il dicembre scorso avvenne però in un Cantone quanto segue. Durante lo scrutinio per la creazione di due nuovi posti presso l'ufficio cantonale della protezione civile, la proposta venne respinta con 61 voti contro 52, e 57 astenuti: un fatto di par sè insignificante, come può avvenire in una democrazia diretta. Ma, nel caso specifico questo sorprendente risultato non può lasciarci indifferenti, trattandosi dopo tutto dell'ulteriore e urgente sviluppo della protezione civile. Quando si pensa all'importanza d'ogni singola maglia nella catena della difesa integrata (esercito, economia di guerra, protezione civile, ecc.), che non deve per nessun motivo risultare più debole di cia- scuno degli altri componenti, quando si sa come la pro- tezione civile abbia assunto proporzioni sempre maggiori e sia diventata una delle colonne portanti della nostra difesa nazionale, allora solo difficilmente si può am- mettere e comprendere una decisione del genere.

Non crediamo che si sia voluto intenzionalmente andar contro le «direttive» del Consiglio federale per un rapido assetto della protezione civile in ogni Cantone. Piut- tosto, si sarà semplicemente trattato di un non impos- sibile inciampo od ««infortunio»» nello svolgimento del- l'attività parlamentare, condizionato anche dall'elevato numero delle astensioni e dovuto, specialmente, alla man- canza di una giusta visuale nella struttura della difesa integrata e in tutte le sue implicazioni dove, per volontà del legislatore, la protezione civile ha appunto da svol- gere una parte determinante.

Lo sapevate già . . .

● ... che presso il cosiddetto organismo di direzione della difesa integrata, e più particolarmente nello stato mag- giore della difesa, anche la protezione civile è rappresen- tata d'ufficio dal direttore dell'Ufficio federale della pro- tezione civile? Questo importante consesso preposto alla difesa nazionale del nostro paese è sotto la direzione del sig. dott. H. Wanner, già consigliere di stato e direttore militare del Cantone di Sciaffusa. I Dipartimenti sono rappresentati dai loro segretari generali e la Cancelleria federale dal vicecancelliere di lingua francese. Inoltre sono presenti, per lo Stato maggiore dell'aggruppamento della stato maggiore generale, i sottocapi di stato mag- giore logistica e pianificazione, mentre i problemi della difesa nazionale economica vi sono tutelati dall'apposito delegato del Consiglio federale.

Tra i compiti principali della stato maggiore della difesa vanno annoverati, per il momento, quello di elaborare un progetto di concezione della difesa integrata (all'inten- zione del Consiglio federale), nonché la coordinazione della pianificazione. Inoltre, lo stato maggiore deve trat- tare i problemi riguardanti la difesa che gli sono deman- dati dal Consiglio federale, dai Dipartimenti o dal Con- siglio della difesa, oppure quelli da lui stesso intavolati. Esso provvede così a rilevare e ad eliminare quelle man- canze e lacune che ancora esistessero nell'ambito dei pre- parativi della difesa integrata.

● ... che la ripartizione dei Cantoni in tre gruppi secondo la loro capacità finanziaria viene determinata sulla scorta di «elementi» minuziosamente definiti in un apposito decreto del Consiglio federale? Tra questi elementi figu- rano, fra l'altro, il gettito dell'imposta della difesa nazio- nale delle persone fisiche e giuridiche, l'imponibile d'im- posta della difesa nazionale calcolato per abitante, la densità della popolazione, ecc. Per stabilire questi ele- menti si tiene conto altresì di certe statistiche, quali i risultati del rispettivo periodo dell'imposta per la difesa nazionale, le cifre della popolazione risultanti dall'ultimo censimento, gli oneri fiscali e le entrate cantonali e co- munalì, ecc. Gli elementi così ottenuti vengono convertiti in un indice percentuale, facendo la media nazionale uguale a 100 e l'indice minore uguale a 33 1/3 per cento. L'indice generale della capacità finanziaria d'un Cantone corrisponde alla media ponderata degli indici percentuali di ciascun elemento. In tal modo si arriva alla voluta determinazione della capacità finanziaria di un Cantone: se l'indice generale uguaglia o supera 100, il Cantone è considerato «finanziariamente forte»; con un indice ge- nerale compreso fra 66 2/3 e 100, il Cantone risulta finan- ziariamente mediocre, mentre con un indice inferiore a 66 2/3 esso è ritenuto come finanziariamente debole.

La ripartizione dei Cantoni in gruppi secondo la loro capacità finanziaria è, a contare dal 1° gennaio 1970, la seguente:

Cantoni finanziariamente forti: Zurigo, Zugo, Basilea Città, Basilea Campagna, Argovia e Ginevra (6).

Cantoni finanziariamente mediocri: Berna, Sottoselva, Glarona, Soletta, Sciaffusa, Appenzello Esterno, San Gallo, Turgovia, Ticino, Vaud e Neuchâtel (11).

Cantoni finanziariamente deboli: Lucerna, Uri, Svitto, Sopraselva, Friburgo, Appenzello Interno, Grigioni e Vallese (8).